

Sackgasse Zentralisierung

Von Peter Bußjäger

Eines der wenigen verwirklichten Projekte der Kurz-lebigen türkis-blauen Regierung von 2017 bis 2019 war die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger, die in der Fusionierung der neun Gebietskrankenkassen zu einer einzigen Gesundheitskasse gipfelte.

Schon lange ist bekannt, dass die damals propagierte Einsparungssumme von einer „Patientenmilliarde“ ein Marketinggag war. Wenigstens der PR-Berater, der den Begriff erfand, hat sein Handwerk verstanden. Man spricht noch heute davon. Von jenen, die diese Reform konzipierten, die nichts anderes als die Zerschlagung grundsätzlich funktionierender Strukturen bedeutete, kann man das leider nicht behaupten.

Der Einfluss der Versicherten wurde zurückgedrängt, die regionale Autonomie mit dem üblichen zentralistischen Totschlagargument, dass die Leistungen in ganz Österreich dieselben sein müssten, praktisch ausgeschaltet. Dass mit dem Geld der Versicherten in erster Linie die Gesundheitsversorgung in den Ländern, in denen es sehr unterschiedliche Strukturen gibt, bereitgestellt werden muss, verstehen die Apostel der Einheitlichkeit natürlich nicht. Argumentiert wurde, dass eine einzige Gesundheitskasse zwangsläufig günstiger sein müsse als neun Gebietskrankenkassen. So simpel denken bei uns Menschen, die eine Verwaltungsreform aufgleisen! Als ob man bei Reformen nicht zunächst bei den Aufgaben ansetzen müsste und dann erst bei den Strukturen.

LH Anton Mattle hat für seinen Vorstoß, in dem er die Sinnhaftigkeit der Zentralisierung hinterfragt hat, viel Zustimmung aus der Ärzteschaft, der Sozialversicherung selbst und der Politik geerntet. Einige behaupten freilich, der Fehler bestehe darin, dass die Zentralisierung nicht konsequent genug umgesetzt worden wäre. Sie wollen nicht einsehen, dass aus einer Sackgasse nur ein Weg hinausführt, nämlich der in die andere Richtung. Vielleicht besteht in der „Reformpartnerschaft“ von Bund und Ländern die Chance, die verlorene Autonomie im Interesse der Versicherten, die unter den verzögerten Abläufen und dem Verlust an gesundheitspolitischer Kompetenz am meisten leiden, wiederherzustellen.

Univ-Prof. Peter Bußjäger ist Verfassungs- und Verwaltungsexperte sowie Leiter des Föderalismusinstituts in Innsbruck.